

P./XVIII/18

Bonn, den 25. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Gemeinsame Aufgabe</u>	30
	Zur ersten Lesung der Notstandsgesetzesentwürfe	
2 - 3	<u>Und die Wiedervereinigung ?</u>	65
	Zum Pariser Abkommen Von Kurt Mattick Stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der SPD	
4	<u>In Ostberlin am Rande vermerkt</u>	49
	Nachlese zum SED-Parteitag Von Eberhard Zachmann, Berlin	
5 - 6	<u>Im Schatten der Präsidentenwahl</u>	67
	ÖVP in Verlegenheit Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta	
7	<u>Im Dienste der Menschlichkeit</u>	36
	Zum 60. Geburtstag von Lotte Lenke	

Chefredakteur Günter Markscheffel

i. V. Albert Exler

Gemeinsame Aufgabe

Zur ersten Lesung der Notstandsgesetzesentwürfe

sp - Die Notstandsgesetze, deren erste Lesung erfolgte, enthalten Explosivstoff. Es sind, neben dem "Sozialpaket", wohl die wichtigsten Gesetze, die der vierte Deutsche Bundestag zu verabschieden hat. Sie berühren Grundfragen unserer Existenz. Am Inhalt und Geist dieser Gesetze wird man erkennen können, ob die junge deutsche Demokratie in der Lage ist, auch in Notzeiten ihren freiheitlichen Bestand zu bewahren.

Kein Verantwortlicher bestreitet die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung. Ein Volk, das sich behaupten, zukünftige Gefahren überstehen will, muss rechtzeitig vorsorgen, es kann nicht unvorbereitet und ungerüstet sein. Dieser überragende Gesichtspunkt gab der Debatte im Bundestag das entscheidende Gepräge. Zur Beratung standen die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung. Die Parteien waren und sind bereit, Argumente anzuhören und sich den Sorgen der anderen nicht zu verschliessen. Die Erfahrungen einer leidvollen Vergangenheit sind dabei zu berücksichtigen. Sie wiegen schwer und sie zu missachten, wäre für uns alle ein Verbrechen.

Die Gesetzesentwürfe, so wie sie sind, bedürfen in vieler Hinsicht gründlicher Korrektur. Bedenken wurden von allen Seiten geäußert und es gilt nun, eine einhellige Meinung zu erarbeiten. An der Mitarbeit der parlamentarischen Opposition wird es nicht fehlen. Wer die Reden ihrer Sprecher verfolgte, kann sich nicht der staatspolitischen Verantwortung verschliessen, von der sie getragen waren. In erster Linie gilt es eine Vertrauensbasis zwischen Regierenden und Regierten zu schaffen; das erfordert die Zusammenarbeit aller diesen Staat bejahenden Kräfte. Misstrauen und Missverständnis liegen auf dem Wege, sie zu beseitigen und auszuräumen, obliegt nun den zuständigen Ausschüssen. Wenn der Geist, der diese erste Lesung beherrschte, anhält, dürfte ein gründlich reformiertes Gesetzeswerk zu erwarten sein, zu dem alle Ja sagen können.

Und die Wiedervereinigung?

Von Kurt Mattick

Stellv. Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der SPD

Die deutsch-französische Verständigung ist ein entscheidender Bestandteil der sozialdemokratischen Politik seit ihrem Bestehen. Es wird in Deutschland niemand geben, der diese Verständigung nicht begrüsst.

In dem Jahrhundert des industriellen Vormarsches waren es die Interessenvertreter der Industrie, die Vertreter der damals herrschenden Schichten, die sich im Konkurrenzkampf nicht scheuten, selbst das Blut ihrer Völker in die Waagschale zu werfen. Die "Emser Depesche" wurde von Bismarck gegen Frankreich ausgespielt. Die Versuche Bebel's und Liebknecht's, sich 1870 für einen ehrenhaften Frieden für Frankreich einzusetzen, wurden seinerzeit unter Anklage gestellt.

Seitdem hat sich vieles gewandelt. Zumindest die westliche Welt hat aus der Erfahrung zweier wahnsinniger Kriege gelernt, dass der Krieg kein Mittel der Politik mehr ist.

Franzosen und Deutsche haben nach dem zweiten Weltkrieg sehr viel getan, um ihre Nationen miteinander zu versöhnen. Die Völker Frankreichs und Deutschlands verstehen den Hass der Väter nicht mehr, längst haben sie das Kriegsbeil begraben.

Es geht darum heute in der westlichen Welt auch um entscheidendere Probleme als darum, dieses bereits begrabene Kriegsbeil auch noch in gegenseitige Liebesbriefe einzuwickeln. Es geht schliesslich um die Fragen:

1. Gelingt es, die westliche, die freie Hälfte Europas wirtschaftlich und politisch so weit zu einigen, dass dem sowjetischen Block eine überlegene, gemeinsame Politik und gemeinsame Wirtschaft entgegengesetzt werden kann?
2. Wie kann man erreichen, dass sich das mächtige Amerika mit dieser europäischen Gemeinschaft unlösbar verbindet?

Wie kann die Bundesrepublik zu einer solchen Politik beitragen, ohne die 17 Millionen Deutschen jenseits der Mauer und Zonengrenze aus dem Auge zu lassen? Paul Sethe stellt mit Recht in der "Welt" die Frage, ob Charles de Gaulle den Vertrag zwischen Paris und Bonn auch dann geschlossen hätte, wenn es sich nicht nur um die Bundesrepublik, sondern um alle 71 Millionen Deutsche handeln würde.

Der jetzt abgeschlossene Vertrag lässt jede Bemerkung auf Deutschland aus. Man komme hier nicht mit der Ausrede, es handele sich nur um ein Verfahrensabkommen, denn dann müssten wir fragen, warum überhaupt Sachgebiete ausgeführt werden. Der Absatz 2 des Vertrages enthält einen ganzen Katalog von Einzelheiten, in denen man zusammenzuwirken beabsichtigt. Sie sind in der Einleitung des Absatzes angesprochen als Fragen des gemeinsamen Interesses. Aus dem Fehlen jedes Hinweises auf die Teilung unseres Landes muss doch wohl geschlussfolgert werden, dass die Überwindung der Mauer zwischen beiden Teilen Deutschlands keine Sache gemeinsamen Interesses zwischen Paris und Bonn darstellt. De Gaulle wünscht als Partner nicht Deutschland, sondern nur die Bundesrepublik.

Um so gefährlicher ist die übertriebene Umarmung gerade in der gegenwärtigen Lage für die deutsche Position, da das Verhalten de Gaulles die Gefahr heraufbeschwört, dass die bescheidenen Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht gefördert, sondern zurückgeworfen werden.

Die Brückierung Englands im Stadium der englisch-amerikanischen Annäherung auf wichtigen Gebieten und die Absage de Gaulles an die amerikanische Verteidigungspolitik, die doch heute den alleinigen Schutz und die Sicherheit Europas darstellt, bringt die Gefahr grosser Spannungen zwischen Europa und den USA mit sich. Für Berlin und die deutsche Politik ist dies auch unabhängig von der europäischen Sicherheitsfrage besonders bedenklich.

Die Hoffnungen auf eine deutsche Wiedervereinigung sind, um die Wahrheit zu sagen, sehr weit eingeschrumpft. Die Lage der Deutschen in der Sowjetzone zu erleichtern, wird nur möglich sein, wenn auf dem Parkett der weltpolitischen Auseinandersetzungen das amerikanische Gewicht in die Waagschale geworfen werden kann. Die anlaufenden möglichen Verhandlungen zwischen Washington und Moskau sind für absehbare Zeit die einzige Chance. Die Bundesregierung muss bemüht sein, diese Möglichkeit nicht noch zu verbauen.

In Ostberlin am Rande vermerkt ...

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die Zusammenkunft hoher Führer der kommunistischen Parteien aus aller Welt anlässlich des SED-Parteitag in Ostberlin mußte die Frage aufwerfen, wie angesichts des Straites Moskau - Peking die Fronten in der kommunistischen Weltbewegung verlaufen. Die Teilnehmer des Parteitages konnten sich zwar an den Reden orientieren, die von den Vertretern der einzelnen kommunistischen Parteien beigesteuert wurden, wichtiger allerdings schienen die Schlußfolgerungen zu sein über das, was nicht gesagt oder nur verklausuliert zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Rede des chinesischen Vertreters Wu, die wegen ihrer scharfen Angriffe gegen Moskau in der Zonenpresse total verstümmelt und nur in Bruchstücken wiedergegeben und auch den Materialien vorenthalten wurde, die jeder Delegierte und Gast einer ausländischen Partei erhielt, war in den Gesprächen, die hinter den Parteitagskulissen geführt wurden, nur ein Ansatzpunkt, wesentlicher für diese Kulissengespräche waren mehr oder weniger konkrete Abschätzungen, wie weit der Einfluß Pekings in den kommunistischen Parteien bereits gehe.

Die asiatischen Parteien sind ihre Antwort auf diese bange, in Ostberlin gestellte Frage, schuldig geblieben. Von der Partei aus Asien meldete sich lediglich Vietnam zu Wort, das aber nur eine Grußadresse dem Parteitag beisteuerte, in der in unverbindlicher Weise die Stärkung des "sozialistischen Lagers" durch die "DDR" begrüßt, aber jede Zustimmung zu der sowjetischen Weltpolitik vermieden wurde. Andere Stimmen aus den der kommunistischen Weltbewegung zugeneigten Ländern Asiens waren in Ostberlin nicht zu verzeichnen, so daß unter den Delegierten und Beobachtern des Parteitages der Eindruck vorherrschte, die kommunistischen Parteien in Asien hätten sich - mit Ausnahme der Partei in Indien - geschlossen der Pekinger Politik verpflichtet.

Interessanter sind die Vermutungen, die in den Ostberliner Kulissengesprächen über die Haltung der lateinamerikanischen Parteien zum Ausdruck gebracht wurden, da in diesem Teil der Welt die Entscheidung zwischen dem pro und kontra Moskau noch keineswegs eindeutig zu sein scheint. Die Parteitagsrede des kubanischen Vertreters fiel dadurch auf, daß jede Erwähnung unterblieb, die Sowjetunion habe in Kuba den Weltfrieden gerettet.

Diese Haltung mußte die Teilnehmer des Parteitages in Ostberlin alarmieren, weil die Stellungnahme Kubas für die künftige Position aller lateinamerikanischen Parteien nicht ohne Einfluss ist. Umso erleichtert wurde die Erklärung des Vertreters von Chile, Orlando Millas, aufgenommen, die die vollkommene Übereinstimmung mit den Thesen Chruschtschows zum Ausdruck brachte. Es bleibt völlig ungeklärt, ob auch die kommunistischen Parteien in den anderen lateinamerikanischen Ländern bereit sind, hundertprozentig auf die Moskauer Karte zu setzen, wie es offensichtlich bei Chile der Fall ist. Ein Unsicherheitsfaktor liegt ohne Zweifel darin, daß der Vertreter Chiles den Anspruch erhob, die Haltung von 17 lateinamerikanischen Parteien zu vertreten. Kubas Verbitterung gegenüber der Moskauer Politik, wie sie in der Lösung der Kuba-Frage zum Ausdruck kam, dürfte nicht ohne Nachwirkungen in der kommunistischen Bewegung Südamerikas geblieben sein.

Im Schatten der Präsidentswahl

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Österreich ist eines der wenigen Länder der Welt, in denen das Staatsoberhaupt unmittelbar vom Volk gewählt wird. Die von autoritären Vorstellungen bestimmte Verfassungsreform des Jahres 1928 stattete den Bundespräsidenten mit einer Reihe verfassungsmäßiger Vollmachten aus, die eine Volkswahl geboten erscheinen ließen. Bis zum Jahre 1951 wurde jedoch diese Verfassungsbestimmung nicht angewendet, sondern noch wie vor wurde das Staatsoberhaupt von der "Bundesversammlung", das sind die beiden Häuser des Parlaments (Nationalrat und Bundesrat), gewählt, nachdem man jeweils die bestehende Verfassung durch eigene Verfassungsgesetze zu diesem Zweck abänderte. 1951 war es dann soweit, daß doch das österreichische Volk selbst seinen Bundespräsidenten wählen konnte. Die Entscheidung fiel zwischen zwei Landeshauptleuten, die von ihren Parteien als Kandidaten aufgestellt wurden: dem von der ÖVP nominierten Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Heinrich Gleißner, und dem von der SPÖ vorgeschlagenen Landeshauptmann und Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien, General a.D. Dr. Theodor Körner, (einem entfernten Verwandten des gleichnamigen deutschen Freiheitsdichters). Körner wurde gewählt und trat damit an die Stelle des verstorbenen, ebenfalls sozialistischen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner.

Als auch der ungemein beliebte Bundespräsident Theodor Körner starb, fanden am 5. Mai 1957 Neuwahlen statt, zu denen die ÖVP den politisch niemals in Erscheinung getretenen Krebspezialisten Prof. Dr. Wolfgang Denk (gemeinsam mit der FPÖ) aufstellte und die SPÖ ihren Parteivorsitzenden Vizekanzler Dr. Adolf Schärf. Wieder wurde der sozialistische Kandidat gewählt und damit zog zum drittenmal in der Geschichte der zweiten Republik Österreich ein Sozialist in die Wiener Hofburg und die darin befindlichen Räume der Präsidentschaftskanzlei ein.

Im Mai dieses Jahres läuft nun die sechsjährige Funktionsperiode des gewählten Bundespräsidenten ab und es muß eine Neuwahl stattfinden. Eine einmalige, unmittelbare Wiederwahl eines im Amt befindlichen Bundespräsidenten ist zulässig. Die SPÖ stellt daher den derzeitigen Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf als ihren Kandidaten auf. Die Neuwahl

wird Ende April oder im Laufe des Monats Mai erfolgen.

Diese bevorstehende Wahl bereitet nun der ÖVP großes Kopfzerbrechen und nicht geringe Verlegenheit. Zu den gegenwärtigen Tauziehen um die Neubildung einer Bundesregierung kommt damit parteiintern die Auseinandersetzung darüber, wie man sich bei den Bundespräsidentenwahlen verhalten soll. Ein ungeschriebenes, aber politisch wirksames Gesetz besagt nämlich, daß der im Amt befindliche Bundespräsident die größten Chancen hat, noch dazu, wenn er allgemein so hochgeschätzt wird wie Dr. Schörf. Die SPÖ ist sich ihrer Sache so sicher, daß sie sogar dem Bundespräsidenten mit Rücksicht auf sein Alter von 73 Jahren einen Wahlfeldzug ersparen will und vermutlich auch ersparen kann.

Keine Chance für einen ÖVP-Kandidaten

Umso größere Verlegenheit bereitet das der ÖVP-Führung, Dr. Adolf Schörf als gemeinsamen Kandidaten beider Regierungsparteien aufzustellen, wäre zwar die vernünftigste und vornehmste Lösung, widerspricht aber dem durch den Wahlausgang vom 18. November aufgeplusterten Selbstbewußtsein maßgeblicher ÖVP-Kreise. Es verbleibt damit nur mehr die Möglichkeit, eben doch einen eigenen Kandidaten zu nominieren, obgleich er keine realen Chancen hat. Abgesehen von der Popularität Schörf's, pflegt das auf Ausgleich sinnende Wählervolk von Österreich einen ÖVP-Bundeskanzler gerne ein SPÖ-Staatsoberhaupt als politisches Gegengewicht gegenüberzustellen, damit keiner Partei "die Bäume in den Himmel wachsen".

Wen immer die ÖVP aufstellt - er kann bei der nächsten Bundespräsidentenwahl nur "verheizt" werden. Verständlicherweise hat kein reputationreicher Kandidat die Neigung, als "Verlierer vom Dienst" zu fungieren, zumal er bei künftigen derartigen Wahlen als Kandidat nicht mehr in Frage käme. Die Würde des höchsten Amtes der Republik verbietet es, daß man jemanden, der - wie etwa Dr. Gleißner - einmal abgelehnt worden ist, ein andermal, gewissermaßen im Ausverkauf als Okkasion neuerlich der Wählerschaft anbietet; wird. In seinem bisherigen Amt könnte er allerdings unbeschadet davon verbleiben. Der sehr populäre ÖVP-Landeshauptmann von Niederösterreich, Ing. Leopold Figl, hat daher als erster eine Nominierung abgelehnt. Die ÖVP ist somit weiterhin auf der Suche.

Im Dienste der Menschlichkeit

Zum 60. Geburtstag von Lotte Lemke

Unter äusserst schwierigen Umständen hat Lotte L e m k e , die geschäftsführende Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, ihre Laufbahn als Sozialarbeiterin angetreten. Bald stand sie an der Spitze der Arbeiterwohlfahrt, berufen von der unvergesslichen Marie Juckacz , die die ausserordentlichen Fähigkeiten Lotte Lemkes erkannte. Hier ihr Lebensweg:

Lotte Lemke wurde am 28. 1. 1903 in Königsberg/Pr. geboren. Nach der Schulentlassung besuchte sie eine Handelsschule und war drei Jahre in einem Ingenieurbüro tätig. Anschliessend ging sie zur "Hauptwohlfahrtsstelle Ostpreussen" Königsberg/Pr., dem Zentralbüro der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege in Ostpreussen. Von dort aus besuchte sie die Wohlfahrtsschule der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Nach dreijähriger Tätigkeit als Kreisfürsorgerin im Landkreis Kalau Bezirk Frankfurt/Oder wurde sie 1929 stellvertretende und 1930 Hauptgeschäftsführerin des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt, Berlin.

Nach Auflösung der Arbeiterwohlfahrt 1933 bekam Lotte Lemke Berufsverbot. Wegen ihrer illegalen politischen Betätigung wurde sie, die bereits seit frühester Jugend der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Sozialdemokratischen Partei angehört hatte, 1935 in Haft genommen.

1942 wurde sie vom Kreisgesundheitsamt Heilsberg/Ostpreussen als Fürsorgerin angestellt. Ende Januar 1945 musste sie aus Ostpreussen fliehen. Nach einer kurzen Beschäftigung in der Zentralverwaltung für Gesundheitswesen in Berlin wurde sie am 1. 5. 1946 wieder als Hauptgeschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt berufen, um in Hannover den Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt aufzubauen. 1949 wurde sie zur zweiten Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt gewählt.

Lotte Lemke hat in den Jahren ihres Wirkens in Hannover und Bonn die Arbeiterwohlfahrt zu einer umfassenden Wohlfahrts-Organisation entwickelt und ihr innerhalb der deutschen Wohlfahrtsverbände und des Internationalen Arbeiterhilfswerks einen geachteten Platz zu verschaffen gewusst. Im Sinne der von Marie Juckacz der Arbeiterwohlfahrt bei der Gründung im Jahre 1919 gestellten doppelten Zielsetzung hat Lotte Lemke der Arbeiterwohlfahrt insbesondere auch bei der Lösung sozialpolitischer Fragen Gewicht zu geben verstanden.